

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FOR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 20. Dezember 1962

Blatt 2942

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten =====

20. Dezember (RK) Am elften Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Sigmund (SPÖ). Er führte aus:

"Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe XI sieht Ausgaben von 362,458.800 Schilling vor, das ist gegenüber 1962 um 79,472.400 Schilling mehr. Die Ansatzpost Präsidentialausgaben sieht eine Vermehrung von 1,230.000 Schilling vor. Für die Feuerwehr scheint ein Mehrbetrag von 2,700.000 Schilling auf. Für Grunderwerbungen ist ein Mehrbetrag von 79,300.000 Schilling vorgesehen und für die 1963 stattfindende Bundespräsidentenwahl sind rund fünf Millionen im Voranschlag aufgenommen. Für den Zivilschutz sind für diverse Organisationsmaßnahmen 500.000 Schilling vorgesehen.

Weniger Einbürgerungen

In der Magistratsabteilung 61 sind die Heimatrolle, die Standesämter und sämtliche Angelegenheiten des Bevölkerungs- und Staatsbürgerschaftswesens zusammengefaßt. Vom 1. Jänner bis 30. November wurden 62.803 Staatsbürgerschaftsnachweise, 1.893 Heimatrollenauszüge und 6.588 sonstige Bescheinigungen ausgestellt. Der Parteienverkehr in dieser Abteilung hat sich mit 79.945 Parteien auf der Höhe der vergangenen Jahre gehalten. Die Zahl der Einbürgerungen und Staatsbürgerschaftserklärungen ist rückläufig.

./.

Waren es 1961 noch 1.102, so wurden 1962 nur mehr 878 Staatsbürgerschaftsverleihungen vorgenommen. In den Wiener Standesämtern wurden 14.046 Eheschließungen vorgenommen, 20.915 Geburten registriert und 24.786 Sterbefälle in den Matriken festgehalten. Bei diesen Zahlen möchte ich aber betonen, daß sie keine reinen Wiener Zahlen sind, da besonders in den Geburten- und Sterbefällen, aber auch bei Eheschließungen viele Bewohner der Bundesländer enthalten sind.

Wahlen

Das Arbeitsgebiet der Magistratsabteilung 62 umfaßt Wahlen, Polizeiwesen, Vereine und Verschiedenes. Die im Vorjahr begonnene Umstellung der Wählerevidenz auf Lochkarten wurde in diesem Jahr fortgesetzt. Bis zur Nationalratswahl vom 18. November waren die Wahlkreise 1, 2, 3 und 5 mit den Bezirken 1, 3 bis 11, 18 und 19 auf Lochkarten umgestellt. Für diese Bezirke konnte das Wählerverzeichnis bereits mit der Elektronenanlage hergestellt werden. Dieser Vorgang erfordert verhältnismäßig wenig Personal. Während für das Schreiben des Wählerverzeichnisses der Wahlkreise 4,6 und 7 rund 150 städtische Bedienstete eingesetzt werden mußten, wurde die gleiche Arbeit für die übrigen Wahlkreise von der Elektronenanlage mit einem Gesamtpersonalstand von 18 Personen bewältigt. Zur Zeit wird an der Umstellung der Wählerevidenz des Wahlkreises 7 mit den Bezirken 14, 16 und 17 gearbeitet, und voraussichtlich wird es möglich sein, bei der Bundespräsidentenwahl das Wählerverzeichnis dieser Bezirke maschinell herzustellen. Die Wählerevidenz wird dann etwa 800.000 Lochkarten und nur mehr 470.000 Karteiblätter herkömmlicher Art umfassen. Die Umstellungsarbeiten für das gesamte Stadtgebiet werden voraussichtlich noch im Jahre 1963 beendet werden, sodaß das Wählerverzeichnis für die nächste Wahl des Gemeinderates schon zur Gänze mit Lochkarten hergestellt werden kann. Im Reklamationsverfahren zur Nationalratswahl wurden rund 15.500 Eintragungsbegehren, 10.000 Streichungsbegehren und 4.600 Berichtigungsbegehren eingebracht. In der Summe ergab das Reklamationsverfahren eine Erhöhung der im Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten um etwa 6.700, das ist ein halbes Prozent der ursprünglich eingetragenen Personen.

Insgesamt betrug die Zahl der Wahlberechtigten in Wien 1,264.297. Seit der Gemeinderatswahl vom Oktober 1959 ist die Zahl der Wahlberechtigten in ganz Wien um 34.040 Personen, das sind 2.77 Prozent, gestiegen. Die stärkste Zunahme konnte der 10. Bezirk mit 6.883 Personen verzeichnen. Am relativ stärksten, nämlich um elf Prozent, ist die Zahl der Wahlberechtigten im 23. Bezirk gestiegen.

Zu den Aufgaben der Magistratsabteilung 62 zählt auch das Polizeiwesen, das im überwiegenden Teil für den Sicherheitsdirektor besorgt wird. Es handelt sich um Vereinsangelegenheiten und Berufungsentscheidungen in Polizeistrafsachen. Im Jahre 1962 wurden 276 Vereinsanmeldungen und 316 Statuten- und Namensänderungen sowie 758 freiwillige Vereinsauflösungen behandelt. 42 Vereine wurden behördlich aufgelöst. In Wien sind derzeit 8.375 Vereine angemeldet. Den größten Teil davon bilden 2.290 Sparvereine, 1.263 Turn- und Sportvereine. Aber auch auf dem kulturellen, Kunst-, Theater- und wissenschaftlichen Sektor betätigen sich 869 Vereine.

Seit dem Inkrafttreten des Glücksspielgesetzes vom 27. Juni 1962 fällt auch die Genehmigung von Glücksspielen in die Kompetenz der Magistratsabteilung 62. Es wurden seit diesem Zeitraum Genehmigungen für 24 Glückshäfen und Juxausspielungen mit einem Spielkapital von 156.000 Schilling erteilt.

Gewerbewesen

Das Jahr 1962 brachte auf dem Gebiete des Gewerberechtes, das in die Kompetenz der Magistratsabteilung 63 fällt, keine wesentliche Änderung der Rechtslage. Der seit langem erwartete Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung, der insbesondere eine Neugestaltung der grundlegenden Bestimmungen über die konzessionierten Gewerbe bringen sollte, ist bisher vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau nicht zur Stellungnahme ausgesendet worden. Auch der im Vorjahr ausgesendete Entwurf eines Bundesgesetzes über die gewerbliche Berufsausbildung und der Entwurf eines Bundesgesetzes über den gewerbsmäßigen Vertrieb von Rohrleitungen für Erdöl und Erdölprodukte sowie von Rohrleitungen für brennbare Gase sind nicht Gesetz geworden. Im Frühjahr des heurigen Jahres konnten

die seit längerer Zeit mit der Handelskammer und der Arbeiterkammer geführten Verhandlungen über den Ladenschluß der Kleinhandelsgeschäfte an Samstagen in Wien zum Abschluß gebracht werden. Der Landeshauptmann hat mit Verordnung vom 19. April 1962 festgelegt, daß an Samstagen die Verkaufsstellen für den Kleinhandel mit anderen Waren als Lebensmittel ab 13 Uhr gegenüber früher 14 Uhr, und für den Kleinverkauf von Lebensmitteln ab 14 Uhr, früher 14.30 Uhr, geschlossen zu halten sind.

Da fast jedes Jahr in der Budgetdebatte auch über die Pfuscherbekämpfung gesprochen wird, sehe ich mich veranlaßt, auch zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien hat das von ihr eingerichtete Pfuscherbekämpfungsreferat aufgelassen und die bezüglichen Aufgaben nunmehr den einzelnen Fachgruppen und Sektionen zugewiesen. Es kommt immer wieder vor, daß seitens der Interessenvertretungen über die lange Dauer mancher Strafverfahren Beschwerde geführt wird. Ich muß in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß der Magistrat wegen unbefugter Gewerbeausübung, also der Pfuscherbekämpfung, nur dann einen Schuldspruch fällen und eine Strafe verhängen kann, wenn der objektive Tatbestand der Gewerbsmäßigkeit, also die Merkmale der Selbständigkeit, der Regelmäßigkeit oder zumindest der Wiederholungsabsicht sowie der Gewinnabsicht zweifelsfrei nachgewiesen werden kann. Ist dies nicht der Fall, muß die Behörde, auch wenn sie von der Schuldlosigkeit des Täters nicht überzeugt ist, das Strafverfahren einstellen. Aus diesem Grunde mußte mehreren Anzeigen, die von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft erstattet worden sind, ein Erfolg versagt bleiben. Für die Zeit vom 1. Oktober 1961 bis 30. September 1962 sind auf Grund von wegen Übertretung gewerberechtlicher Vorschriften durchgeführten Strafverfahren Straf gelder in der Höhe von 316.851 Schilling an das Bundesministerium für Soziale Verwaltung und 617.163 Schilling an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien abgeliefert worden, wovon der überwiegende Teil aus der Bestrafung unbefugter Gewerbeausübungen stammt. In der Zeit vom 1. November 1961 bis 31. Oktober 1962 wurden 5.981 Neuberechtigungen im Gewerberegister verzeichnet. Das bedeutet gegenüber dem

Vorjahr eine Erhöhung um zirka 4.4 Prozent. 7.350 Berechtigungen wurden gelöscht. Diese Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 2.6 Prozent niedriger.

Bauoberbehörde

Die Magistratsabteilung 64 ist, wie in früheren Berichten bereits erwähnt, eine reine Rechtsabteilung, und wird ihr Arbeitsgebiet nur selten über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gelangen. Sie ist aber gerade deshalb für den geordneten Ablauf der Verwaltungstätigkeit unserer Stadt von großer Bedeutung. Eine nicht unwesentliche Aufgabe hat die Magistratsabteilung 64 als Amt der Bauoberbehörde zu erfüllen. Gerade die wirtschaftliche Situation, welche eine gesteigerte Bautätigkeit nach sich zieht, bedingt, daß auch die Geschäftsfälle sich stark vermehrt haben. So hatte die Abteilung im Jahre 1961 888 Berufungen in Bauverfahren, während im Jahre 1962 bis Mitte November 992 Berufungen anhängig waren. Dies bedeutet eine Steigerung um rund 15 Prozent.

Die Magistratsabteilung 65, Zivilrechtsangelegenheiten, ist ebenfalls eine reine Rechtsabteilung. Durch die Grundtransaktionen, insbesondere die großen Grundtransaktionen des heurigen Jahres und der damit verbundenen Vertragsausfertigungen, Lastenfreistellungen und Verbücherung sowie der erfolgten Grundübernahme, sind nicht unbedeutende Mehrarbeiten entstanden.

Statistik

In der Magistratsabteilung 66, dem Statistischen Amt der Stadt Wien, findet das Leben und die Bewegung dieser Stadt ihren statistischen Niederschlag. So wurden von November 1961 bis Oktober 1962 19.434 Lebendgeborene, das sind gegenüber dem Vorjahr um 6.9 Prozent mehr, gezählt. Im gleichen Zeitraum sind 26.362 Wiener, das sind ebenfalls gegenüber dem Vorjahr um 6.3 Prozent mehr, gestorben. Auch die Zahl der Eheschließungen im gleichen Berichtsraum hat um 1.4 Prozent zugenommen, das sind in absoluten Zahlen 15.131 Eheschließungen.

Aus der Wanderungsbewegung ist im Berichtsjahr ein Rückgang festzustellen. Auch die Verkehrsentwicklung unserer Stadt hält weiter an. So ist der Kraftfahrzeugbestand mit Ende Oktober 1962

mit 240.758 festgestellt worden. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 7.6 Prozent. Die größte Zuwachsrate ist bei den Personenkraftwagen festzustellen gewesen. Mit Ende Oktober sind in Wien 173.881 Personenkraftwagen zugelassen. Eine einzige Sparte der Kraftfahrzeuge hat eine rückläufige Tendenz aufzuweisen. Es sind dies die Motorräder, die um 2.800 auf 38.062 gesunken sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Verkehrsunfälle unserer Stadt besprechen. Während wir im abgelaufenen Jahr noch 16.824 Verkehrsunfälle, davon solche mit 8.294 Personenschäden zählen mußten, so bin ich heute erfreulicherweise in der Lage mitzuteilen, daß wir in diesem Berichtszeitraum nur mehr 14.975 Verkehrsunfälle mit 7.696 Personenschäden zählen konnten. Dies bedeutet bei den Verkehrsunfällen eine Reduzierung um elf Prozent und bei den Verkehrsunfällen mit Personenschaden eine Verminderung um 7.2 Prozent. Die Verkehrsunfälle, bei denen tödlich Verletzte zu beklagen waren, sind von 207 auf 196 gesunken. Dies bedeutet eine Verminderung von 5.3 Prozent.

Wenn auch der Fremdenverkehr nicht mehr eine so rasante Steigerung wie in den Vorjahren zu verzeichnen hat, so ist doch noch immer erfreulicherweise eine nicht unbedeutende Zuwachsrate festzustellen. So konnten von den 790.766 gemeldeten Fremden, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 7.1 Prozent, 223.874 Inländer und 566.892 Ausländer gezählt werden. Bei den Ausländern ist eine Steigerung von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr und bei den Inländern eine Steigerung von 0.5 Prozent festzustellen. Bei den gezählten Übernachtungen von 2,362.968 nimmt das größte Kontingent der aus Westdeutschland kommende Fremdenverkehr in Anspruch. Es wurden 518.532 Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland gezählt. An zweiter Stelle rangieren bereits die USA mit 307.920. Aus den Oststaaten, wie Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn, die früher einmal den größten Teil unseres Fremdenverkehrs ausgemacht haben, wurden 78.197 Übernachtungen gezählt. Auch dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 6.8 Prozent.

Grundangelegenheiten

Und nun zur Magistratsabteilung 69, Grundangelegenheiten.

Die bis zum 14. November erworbenen Grundstücke haben ein Gesamtausmaß von sieben Millionen Quadratmeter, das ist der bisher in einem Jahr erworbene Höchststand an Grundbesitz der Stadt Wien.

Die Bemühungen der Stadt Wien, neben den notwendigen Grundflächen für die Errichtung von Wohnbauten, Verkehrsflächen, Spiel- und Sportplätzen und vielen anderen, werden aber auch zur Erhaltung des für die Stadtbewohner notwendigen Erholungsraumes und Schaffung eines geeigneten Luftreservoirs fortgesetzt. Die Ankaufsverhandlungen, betreffend eines Waldbesitzes in Breitenfurt im Ausmaß von 1,800.000 Quadratmeter um acht Millionen Schilling zur Sicherung des Wald- und Wiesengürtels an der Stadtgrenze, sind abgeschlossen.

Verkehrsrechtliche Angelegenheiten

Die Magistratsabteilung 70, Verkehrsrechtliche Angelegenheiten, besorgt die Agenden des Kraftfahrrechtes, des Personenbeförderungsrechtes und des Straßenverkehrsrechtes. Im Jahre 1962 sind die Arbeiten an dem Entwurf eines neuen Kraftfahrgesetzes weiter fortgeschritten. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau hat im Mai 1962 den Entwurf des neuen Kraftfahrgesetzes 1962 zur Stellungnahme ausgesendet. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß eine Reihe von Anregungen, die vom Land Wien bereits im Jahre 1961 zum Entwurf einer Kraftfahrnovelle vorgebracht wurden, vom Bundesministerium aufgegriffen und in Text verarbeitet worden sind. Der Magistrat der Stadt Wien hat zu dem neuerlich vorgelegten Entwurf eines Kraftfahrgesetzes 1962 nach eingehender Beratung im Einvernehmen mit den daran beteiligten Dienststellen ausführlich Stellung genommen und die im Interesse der Stadt Wien erforderlichen Anträge gestellt. Die im November 1961 erfolgte Novellierung des Wiener Taxitarifes sowie die Überlagerung von Bestimmungen des Taxitarifes 1954 durch die Betriebsordnung für den nicht linienmäßigen Personenverkehr hat den Text der Verordnung so unübersichtlich gemacht, daß eine Neuverlautbarung des Taxitarifes erforderlich wurde. Nach umfangreichen Vorarbeiten und Genehmigung durch den Gemeinderatsaus-

schuß XI konnte dem Landeshauptmann der Entwurf eines neu gefaßten Taxitarifes 1962 vorgelegt werden.

Auf besondere Anregung des Fremdenverkehrsgewerbes soll eine einheitliche Kennzeichnung der Wiener Taxifahrzeuge durch ein beleuchtbares Schild mit der Aufschrift "Taxi" erfolgen. Die Frage der Errichtung neuer Kurzparkzonen wurde bei den Sitzungen der Parkkommission, die nunmehr die Bezeichnung "Straßenverkehrskommission" trägt, wiederholt behandelt, wobei speziell für den 1. Bezirk Vorschläge erstattet wurden. Derzeit wird die Frage geprüft, ob im Falle einer Ausdehnung der Kurzparkzonen im 1. Bezirk den Bewohnern dieses Bezirkes eine Sonderstellung eingeräumt werden könnte. Die diesbezüglichen Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen. Im Februar 1962 wurde beim Amt der Wiener Landesregierung eine Besprechung der Verkehrsreferenten der Bundesländer abgehalten, wo in zahlreichen Fällen in Fragen der Vollziehung der Straßenverkehrsordnung eine einheitliche Auffassung der Ländervertreter erzielt werden konnte. Die Besprechungen der Verkehrsreferenten sind deshalb wichtig, weil durch eine einheitliche Vorgangsweise der Bundesländer am wirksamsten dem Einwand begegnet werden kann, die Ländervollziehung auf dem Gebiete der Straßenpolizei sei widerspruchsvoll und uneinheitlich.

Die Feuerwehr

Und nun zur Feuerwehr der Stadt Wien. Für die Wiener Berufsfeuerwehr sind im Voranschlag Ausgaben von rund 102 Millionen Schilling vorgesehen. Es entfallen auf den Personalaufwand 78,955.800 Schilling, das bedeutet gegenüber dem Voranschlag 1962 eine Steigerung von rund 1,6 Millionen Schilling, und auf den Sachaufwand 23,348.800 Schilling; auch hier ist eine Steigerung gegenüber dem Voranschlag 1962 von einer Million Schilling festzustellen. Im Zuge der Rationalisierung und Neugestaltung des Wiener Feuerwehrwesens konnte heuer die neu erbaute Feuerwache Rudolfshügel in Betrieb genommen werden. Dadurch wurde es möglich, die Feuerwache Wienerberg aufzulassen und das Gebäude der Wiener Rettung zur Verfügung zu stellen. Durch Umgruppierungen ist es auch gelungen, die Feuerwache Währing aufzulassen und deren Mannschaften zur Verstärkung anderer Feuerwachen einzusetzen.

Für das Jahr 1963 sieht die Feuerwehr einen Personalstand von 1.295 Mannschaften und Offizieren, einschließlich der Wachabteilung sowie des notwendigen Verwaltungspersonals, vor. Nicht nur die Erhaltung, sondern der weitere Ausbau der Schlagkraft und Einsatzfähigkeit unserer Feuerwehr ist die stete Sorge der Wiener Stadtverwaltung. So sind für 1963 der Ankauf von vier Steyr-Diesel-Fahrgestellen und Aufbau von Tanklöschfahrzeugen, Anfertigung von drei neuen Zillenwagen auf vorhandenen Fahrgestellen, Beschaffung der maschinellen Ausrüstung für einen Rüstwagen und Indienststellung von drei neuen Kommandantenwagen vorgesehen. Auch die technische Ausrüstung soll durch eine Reihe von Neuanschaffungen verbessert und ausgebaut werden.

In der Zeit vom 1. November 1961 bis 31. Oktober 1962 mußte die Wiener Feuerwehr zu 18 Großbränden, 82 Mittelbränden und 1.844 Kleinbränden ausrücken. Bei Hilfeleistungen, die nicht durch Feuer verursacht waren, rückte die Feuerwehr 3.792mal aus. Bedauerlicherweise sind die Ausrückungsanlässe anlässlich von Fehlanzeigen von 300 im vergangenen Jahr auf 366 in diesem Jahr gestiegen. Die Gesamtsumme der Alarmfälle betrug daher im Berichtszeitraum 6.194. Um die Schlagkraft und Einsatzfähigkeit, aber auch um unsere Feuerwehrmänner auf dem Gebiet der technischen Entwicklung auf dem letzten Stand zu halten, wurden im abgelaufenen Jahr 500 Übungen verschiedenster Art durchgeführt.

170 Empfänge im Rathaus

Das Präsidialbüro veranstaltete aus Anlaß von Kongressen und Tagungen 170 Empfänge gegenüber 158 im Jahre 1961. An diesen Empfängen nahmen 26.158 Personen teil. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Jahre 1961 von 5.8 Prozent. Davon waren 17.650 Ausländer, das sind um 424 mehr als im Jahre 1961. Waren die Zahlen des Jahres 1961 bereits sehr hoch, so muß für 1962 gesagt werden, daß diese Zahlen neuerlich überboten wurden. An Führungen, Pressekonferenzen und Exkursionen nahmen 1.620 Personen teil. Als besonderes Ereignis darf anlässlich der Eröffnung der Wiener Festwochen die am 28. Mai 1962 in Anwesenheit des Bundespräsidenten und unter großer Beteiligung der Vertreter des öffentlichen kulturellen Lebens Wiens stattgefundene feierliche Eröffnung des

./.

"Theater an der Wien" erwähnt werden. Es war ein gesellschaftliches Ereignis ersten Ranges. Anlässlich von Staatsbesuchen wurde der Präsident der Bundesrepublik Deutschland Dr. Lübke, die Königin der Niederlande Juliana und König Frederik von Dänemark vom Bürgermeister im Beisein der Mitglieder des Wiener Stadt senates im Rathaus empfangen. 51 Gruppen in- und ausländischer Wissenschaftler, Studenten und Sportler usw., insgesamt 2.445 Personen, wurden im Rathaus vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter begrüßt.

Im Rahmen der Aktion "Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt Wien kennen" machten bis heute 26.660 Jugendliche eine Rundfahrt durch das Neue Wien.

Nicht nur in sozialen und medizinischen Abhandlungen kann die höhere Lebenserwartung der Wiener nachgewiesen werden, sondern auch in dem Bericht des Präsidialbüros. In diesem Jahr wurden eine Steinerne, fünf Eiserne, 74 Diamantene und 1.085 Goldene Hochzeiter, insgesamt 1.165 Jubelpaare, geehrt. Gegenüber dem Vorjahr ergibt dies eine Steigerung um 154 Jubelpaare oder 15.2 Prozent. Zu Beginn des Jahres 1962 wurde das 14.000. Jubelpaar und bei den Ehrungen am 13. Dezember wurde das 15.000. Jubelpaar seit 1945 geehrt. Auch das kommende Jahr wirft bereits in Form von Anmeldungen von Kongressen und Tagungen und damit verbundenen Empfängen im Wiener Rathaus seine Schatten im Terminkalender des Präsidialbüros voraus. Es wurden bisher 14 Tagungen und Kongresse mit einer voraussichtlichen Teilnehmerzahl von 9.320 Personen angemeldet."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 1. bis 13. Jänner

20. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Dienstag 1. Jänner	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrs-Konzert, Dirigent Willi Boskovsky (Werke von Johann und Josef Strauß)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM, Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Josef Krips (Debussy: "La Mer"; Honegger: 2. Symphonie; Strawinsky: Violinkonzert; R. Strauss: "Till Eulenspiegel")
Mittwoch 2. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 4. Konzert im Zyklus I B (Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM); Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Josef Krips (Debussy, Honegger, Strawinsky, R. Strauss)
Donnerstag 3. Jänner	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus II (Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus I der KHG); Wiener Symphoniker, Wilhelm Kempff (Klavier), Dirigent Georges Prêtre (Brahms, Beethoven)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: Ebert-Trio (Mozart: Divertimento KV 254; Ravel: Klaviertrio a-moll; Schubert: Klaviertrio B-dur)
Freitag 4. Jänner	Gr.K.H.Saal 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus I; Wiener Symphoniker, Wilhelm Kempff (Klavier), Dirigent Georges Prêtre (Brahms: 1. Klavierkonzert d-moll op. 15; Beethoven: 5. Symphonie c-moll op. 67)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Samstag 5. Jänner	Gr.M.V.Saal 16.00	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Karajan-Zyklus; Wiener Symphoniker, Singverein der GdM, Solisten werden bekannt- gegeben, Dirigent Herbert Karajan (Haydn: "Die Schöpfung")
	Gr.M.V.Saal 19.30	Österreichischer Gewerkschafts- bund: Voraufführung des 6. Abonne- mentkonzertes des Niederöster- reichischen Tonkünstlerorchesters; Rudolf Kalup (Violine), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Mozart, Lalò, Dvořák)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Österreichischer Gewerkschafts- bund: Wiederholung des 4. Kon- zertes im Zyklus I der KHG; Wiener Symphoniker, Wilhelm Kampff (Klavier), Dirigent Georges Prêtre (Brahms, Beethoven)
Sonntag 6. Jänner	Gr.M.V.Saal 11.00	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Karajan-Zyklus (Wiederholung vom 5. Jänner)
	Gr.M.V.Saal 16.00	Niederösterreichisches Tonkünstler- orchester: 6. Sonntag-Nachmittags- konzert; Rudolf Kalup (Violine), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Mozart: Symphonie KV 202; Lalò: Symphonie espagnole; Dvořák: 4. Symphonie)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: "Musik aus Champs Elysees" (Austauschkonzert)
	Mozartsaal (KH) 10.30	Wiener Kammerorchester: 3. Haydn-Mozart-Matinee; mitwirkend Enrico Mainardi (Cello), Diri- gent Carlo Zecchi (Vivaldi: Kon- zert A-dur für Streicher und Cembalo; Haydn: Nocturno C-dur; Wagenseil: Cello-Konzert C-dur; Mozart: Serenade D-dur KV 203)
Dienstag 8. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Orchesterkonzert; Wiener Sympho- niker, Dirigent William Yarbourek (Barber: Shool' for Scandal; Tschaikowsky: 1. Symphonie d-moll; Martinu: Partita für Streicher; Vincent: Symphonische Tondich- tung nach Descartes

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Dienstag 8. Jänner	Gr.K.H.Saal 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus III; Cello- abend Enrico Mainardi (J.S. Bach: Solo-Suiten Nr. 3 E-dur, Nr. 2 d-moll und Nr. 4 E-dur)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Österreichischer Gewerkschafts- bund: Voraufführung des 3. Kon- zertes des Musikvereinsquartet- tes der GdM (Brahms, Bartók, Schubert)
Mittwoch 9. Jänner	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert des Musikvereinsquar- tettes (Brahms: Streichquartett c-moll op. 51/1; Bartók: 3. Streichquartett; Schubert: Streichquartett G-dur op. 161)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 4. Aufführung des Tanzspiels "Glücksnummer 33"; Kindertanz- kreis des Konservatoriums der Stadt Wien, Leitung Ilka Peter; N.Ö. Tonkünstlerorchester, Diri- gent Karl Hudez (für Schüler der zweiten Klassen)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus VIII; Lie- derabend Irmgard Seefried, am Flügel Dr. Erik Werba (Schubert: Goethe-Lieder)
Donnerstag 10. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus III A (Vor- aufführung des 3. Konzertes im Romantiker-Zyklus der GdM); Wiener Symphoniker, Alfred Bren- del (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Reger, Liszt, Dvořák)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus X "Musik um 1800"; Wiener Kammerorchester, Dirigent und Solist Paul Badura- Skoda (Mozart: Klavierkonzert F-dur KV 459; Voříšek: Symphonie D-dur; Mozart: Konzert-Rondo A-dur KV 386; Beethoven: Klavierkonzert C-dur op. 15)
	Palais Palffy Figaro-Saal 18.30	Österreich-Haus: "Premiere der Jugend", 3. Abend Wiener Musikakademie

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Donnerstag 10. Jänner	Hofburgkapelle 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus X C; Ensemble "Musica Antiqua", Leitung René Clemencic (Musik der Romanik, Gotik und Renaissance: Notker Balbulus, Magister Johannes Legalis, Leoninus Perotinus)
Freitag, 11. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Österreichischer Gewerkschafts- bund: Voraufführung des 3. Kon- zertes im Romantiker-Zyklus der GdM; Wiener Symphoniker, Alfred Brendel (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Reger, Liszt, Dvořák)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert des Musikvereins- quartetts, Wiederholung vom 9. Jänner (Brahms, Bartók, Schubert)
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Akademie für Musik u.d.K.: Gastvortrag Dr. Rudolf Haase "Kepler und Leibniz-Mittler zwischen Pythagoras und Hinde- mith"
Samstag 12. Jänner	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: Furtwängler-Gedächtniskonzert, Dirigent Carl Schuricht (Mozart: Haffner-Symphonie D-dur KV 385; Bruckner: 5. Symphonie B-dur)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus III B (Vor- aufführung des 3. Konzertes im Romantiker-Zyklus der GdM); Wiener Symphoniker, Alfred Brendel (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Reger, Liszt, Dvořák)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Klavierabend Alexander Sellier (Mozart: Variationen über "Unser dummer Pöbel meint" KV 455, Rondo a-moll KV 511, Sonate D-dur KV 576; Debussy: Pour le Piano, Préludes Band I)
Sonntag 13. Jänner	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Furtwängler-Gedächtniskonzert, Diri- gent Carl Schuricht (Wiederholung vom 12. Jänner)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Sonntag 13. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Romantiker-Zyklus; Wiener Symphoniker, Alfred Brendel (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Regen: Mozart-Variationen; Liszt: Klavierkonzert A-dur; Dvořák: 4. Symphonie)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 4. Konzert im Zyklus XI, Wieder- holung des 3. Konzertes des Musikvereinsquartetts (Brahms, Bartók, Schubert)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Bachgemeinde Wien: 4. Abonnementkonzert; Solisten, Chor und Orchester der Bachge- meinde, Dirigent Julius Peter (J.S.Bach: Kantaten Nr. 91 und Nr. 40, Violinkonzert a-moll)
	Radio Wien Gr. Sendesaal 11.00	Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 4. Konzert im Zyklus II; Großes Wiener Rundfunkorchester, Gaspar Cassado (Cello), Dirigent Robert Heger (Sutärmeister: Divertimento Nr. 2; Bialas: Kon- zert für Cello und Orchester; Schumann: 2. Symphonie C-dur op. 61)

- - -

Weihnachtungswünsche für den Bürgermeister

=====

20. Dezember (RK) Ein Mädel und ein Bub überbrachten heute früh Bürgermeister Jonas die Weihnachts- und Neujahrswünsche des Wiener Jugendhilfswerkes. Nach ihnen gratulierten dem Stadtoberhaupt sowie Vizebürgermeister Mandl der Direktor der Modeschule der Stadt Wien Prof. Liehwehr mit einer Gruppe von Modeschülerinnen.

- - -

Amtseinführungen in zwei Magistratischen Bezirksämtern
=====

20. Dezember (RK) Obermagistratsrat Dr. Rudolf Seuchter, der bisherige Leiter des Magistratischen Bezirksamtes Landstraße wurde zum Leiter des Magistratischen Bezirksamtes für den 1. und 8. Bezirk ernannt. Zu seinem Nachfolger wurde Obermagistratsrat Dr. Elisabeth Schilder bestellt. Der städtische Personalreferent Stadtrat Riemer und Magistratsdirektor Dr. Ertl nahmen heute früh in Anwesenheit von Bezirksvorsteher Seitler sowie der leitenden Beamten der Amtsinspektion die Amtseinführung der neuen Bezirksamtsleiterin vor. Bei diesem Anlaß dankten sie dem scheidenden Bezirksamtsleiter für seine langjährige Tätigkeit im 3. Wiener Gemeindebezirk.

Der derzeitige Leiter des Magistratischen Bezirksamtes für den 1. und 8. Bezirk Dr. Franz Brand wurde in die Amtsinspektion der Magistratsdirektion berufen. Stadtrat Riemer und Magistratsdirektor Dr. Ertl sowie die Bezirksvorsteher Dr. Friesinger (1. Bezirk) und Maria Franc (8. Bezirk) würdigten bei der Verabschiedung seine Leistungen, die er als Bezirksamtsleiter vollbrachte. Hierauf wurde Dr. Seuchter in sein neues Amt eingeführt.

- - -

Wiener Gemeinderat ehrt Dr. Hanisch und Prof. Tesarek
=====

20. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat Obersenatsrat Dr. Karl Hanisch und Senatsrat Prof. Anton Tesarek anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand in Würdigung ihrer langjährigen und erfolgreichen Tätigkeit Dank und volle Anerkennung ausgesprochen

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Stadtrat Sigmund über Zivilschutz

Zum Abschluß seines heutigen Referates sprach Stadtrat Sigmund auch über den Zivilschutz. Ich habe mich, so führte er aus, redlich bemüht, alles zu tun, was auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten sowie der gefühlsmäßigen Einstellung unserer Bevölkerung getan werden kann. In einer Besprechung der Landeshauptleute im Dezember 1961 wurde festgestellt, daß der Zivilschutz ein Teil der Landesverteidigung und somit Bundessache ist, und da nach der gegenwärtigen Abgabenteilung die Bundes-, Länder- und Gemeindeaufgaben genau umgrenzt sind, wurde beschlossen, bei den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen auch die Frage des Zivilschutzes in die gesetzliche Regelung einzubeziehen. Inzwischen, so haben die Landeshauptleute damals bekundet, sollen in den Ländern organisatorische Vorarbeiten geleistet werden.

Die Stadt Wien hat einen eigenen Mitarbeiter beauftragt, zu versuchen, die vorhandenen und in Betracht kommenden Einrichtungen zu koordinieren, einen Planungsstab zusammenzustellen, der imstande sein soll, in außerordentlichen Zeiten mit außerordentlichen Mitteln einzugreifen. Dies ist nicht nur für den Extremfall, sondern auch für mögliche zivile Notstandsfälle von Bedeutung, bei denen der normale Apparat, den wir für das normale Leben eingerichtet haben, nicht ausreichen kann.

Der Referent verweist in dem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten, große Mengen Lebensmittel zu bevorraten, die dem Verderb leicht ausgesetzt sind, appellierte aber gleichzeitig an die Hausfrauen, ständig einen kleinen Lebensmittelvorrat zu halten und diesen durch fallweisen Austausch vor dem Verderben zu schützen.

Abschließend erklärte Stadtrat Sigmund: Wir wollen vorsorgen, ohne Panik zu erzeugen. Wir wollen den Apparat aufbauen, und ich bin überzeugt, daß in absehbarer Zeit auch die notwendigen Gelder zur Verfügung stehen werden. Ich glaube allerdings nicht, daß wir uns dazu entschließen würden, den Bau von Wohnungen einzustellen, um Bunker zu bauen und Erdlöcher herzurichten. Wir wollen mit allen Völkern der Welt in Frieden auskommen, aber doch gegen Gefahren, die man abwenden oder mildern kann, gerüstet sein.
(Beifall.)

Aus der Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Hausner (KLS) vertritt die Ansicht, daß in den Bezirksvertretungen die Probleme des Bezirkes vielfach nicht behandelt werden. Die Bezirksräte müßten ausreichend Gelegenheit haben, sich zu informieren und mitzuentcheiden. Besonders notwendig sei dies auf dem Sektor der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne. Als beispielgebend auf diesem Gebiete könnte jedoch der 22. Bezirk bezeichnet werden.

Diskutiert wurde in letzter Zeit in den Bezirksvertretungen die Frage des Zivilschutzes. Der Redner vertritt die Ansicht, daß beim Einsatz von Atomwaffen jede Schutzmaßnahme wirkungslos sei und man die für den Zivilschutz nötigen Beträge besser für den Wohnungs- und Schulbau ausgeben sollte. Im übrigen hätte unser Land die dankbare Aufgabe, sich für die Vermeidung eines Atomkrieges und die Erhaltung des Friedens bei allen Diskussionen, angefangen von der UNO bis zu zwischenstaatlichen Verhandlungen, einzusetzen.

Die Bereitstellung großer Mittel für Grundankäufe sei zu begrüßen. Leider hat die Stadt Wien hier viel Versäumtes vergangener Jahre nachzuholen. Den überhöhten Forderungen der Grundbesitzer sollte man jedoch nicht entsprechen, sondern das Enteignungsgesetz anwenden. Es sei unbegreiflich, daß gerade die Gemeinde Wien von diesem Recht kaum Gebrauch macht. Es gibt kein Land, nicht einmal ein kapitalistisches, das von seinem Enteignungsrecht nicht Gebrauch machen würde. Würde der Bund bei seinen Elektrifizierungsvorhaben ebenso schonungsvoll vorgehen, käme er kaum weiter. Der Redner fordert in diesem Zusammenhang die Beschließung eines Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes sowie ein wirksames Grundverkehrsgesetz, das die Überfremdung unseres Grundbesitzes verhindern müßte. Es sei unbegreiflich, daß zwar Niederösterreich und Tirol einen gesetzlichen Schutz gegen Überfremdung beschlossen haben, Wien aber noch immer zögert. Der Redner ersucht um Mitteilung, welche Vorarbeiten für die Schaffung eines solchen Gesetzes bereits geleistet wurden.

Die gute Ausrüstung unserer Feuerwehr sei zu begrüßen. Notwendig wäre es noch, die Feuerwehren in den Randbezirken mit längeren Schlauchleitungen auszurüsten oder in diesen Gebieten mehr Feuerlöschbrunnen zu schaffen. Bei der Behandlung des Personalwesens wurde bereits auf den Personalmangel auch bei der Feuerwehr hingewiesen. Es sei daher unbegreiflich, daß man heute gute Beamte bei der Feuerwehr wegen ihrer politischen Einstellung von einer Beförderung ausschließt und schließlich noch, wie es bei einem Feuerwehrmann der Fall war, ohne Grund außer Dienst stellt. Bei der Rathauswache sank der Personalstand von 120 im Jahre 1952 auf 63 Mann im Jahre 1962. Dieser Stand sei für den umfangreichen Dienst zu gering.

Bei den Wählerlisten, die heuer größtenteils durch Elektronenmaschinen erstellt wurden, gab es so viele Fehler wie nie. Es müßte viel mehr Sorgfalt für die Anlage der Wählerlisten aufgewendet werden.

Der Redner beschäftigt sich mit Fragen des Wahlrechtes. Seine Partei habe schon wiederholt erklärt, sie verlange ein Wahlrecht, das die Stimmen gleichwertig behandelt. Dies ist bei der Fünf-Prozent-Klausel nicht der Fall. Die KLS brauchte in Wien für ein Mandat 17.800 Stimmen, die Sozialisten nur 9.300. Auch die Geschäftsordnung sollte gleichmäßig gehandhabt werden.

Im übrigen gab der Redner seine Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe XI.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) beschäftigt sich zunächst mit Fragen der Gesetzgebung. Die Verfassung sei überholt und müßte novelliert werden. Auch die Einführung der Fragestunde empfiehlt der Redner, die sich im Parlament bewährt hat. Die Rechte der Bezirksvertretungen sollten erweitert werden. Unbedingt notwendig ist eine Novellierung der Bauordnung.

Zur Lärmbekämpfung in gewerblichen Betrieben: es sei schwierig, die Erfordernisse der Betriebe und die Wünsche der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Man müsse trotzdem alle technischen Möglichkeiten ausschöpfen.

Es wird immer wieder ein Bodenbeschaffungsgesetz verlangt. Man muß hier aber entscheiden, ob die Gemeinde Grund für einen bestimmten Zweck benötigt, oder ob Grundstücke im Rahmen einer Vorratspolitik gekauft werden. Wird ein Grundstück für einen

bestimmten Zweck benötigt, so gibt es, wie der Redner betont, eine ganze Reihe von entsprechenden Gesetzen, so ein Bodenbeschaffungsgesetz aus dem Jahre 1929, eine reichsdeutsche Verordnung, die heute noch in Kraft ist, und ein Assanierungsgesetz aus dem Jahre 1925. Zugegeben, diese Gesetze haben ihre Mängel, sie werden aber auch überhaupt nicht angewendet. Dies komme ihm so vor, meint Dr. Broesigke, wie wenn jemand sagt, ich gehe zu Fuß, weil ich keinen Mercedes habe, und mit einem anderen Wagen fahr ich nicht!

Bei den Grundpreisen ist derzeit eine gewisse Beruhigung eingetreten. Welches aber sind die Ursachen der steigenden Grundpreise? Zunächst einmal, daß die Grundflächen in Wien natürlich nicht mehr werden, dann die Geldentwertung und schließlich die uneinheitliche Darlehenspraxis und Mietzinsbildung. Die Spekulation, so betont der Redner, ist nicht die Ursache, sondern die Folge dieser Umstände. Zur Bekämpfung empfiehlt er in erster Linie positive Maßnahmen wie eine Novellierung der Bauordnung, damit der vorhandene Boden rationeller ausgenützt werden kann und die Bekämpfung der Geldentwertung, die allerdings keine Wiener Angelegenheit sein kann. Dr. Broesigke verweist auch darauf, daß der Grunderwerb durch Ausländer die Preise in die Höhe treibt. Er kritisiert dann den Ansatz im Budget für Grundkäufe, den er als unrealistisch bezeichnet, weil man schon heute weiß, daß es zu Überschreitungen kommen wird.

Schließlich wiederholt der Redner eine Anfrage: die Stadt Wien führt die Aufgaben der Sicherheitsdirektion, müßte also für diese Übernahme von Bundesaufgaben eine Entschädigung durch den Bund bekommen, umso mehr, als die Stadtverwaltung brav ihren Polizeibeitrag bezahlt. Diese Frage sollte doch geklärt werden.

Auf Fragen des Zivilschutzes übergehend, erklärt der Redner, daß die Neutralität zwar Rechte, aber auch Pflichten bringt. Und zu den Pflichten gehört es, für die Verteidigung der Neutralität und für die Bevölkerung entsprechend vorzusorgen. Die Schweiz zieht die Konsequenzen aus ihrer Neutralität, sie sieht für die Landesverteidigung und für den Zivilschutz vor. In unserem Budget sind für den Zivilschutz 1963 sage und schreibe 500.000 Schilling eingesetzt. So vorbildlich für die Feuerwehr gesorgt

wird, so sehr ist der Zivilschutz ein Stiefkind. Es konnte uns auch nicht gesagt werden, welche konkreten Maßnahmen getroffen worden sind, denn Besprechungen, die man endlich abhält, sind ja noch keine wirklichen Maßnahmen. Es müßte schon geklärt werden, welche positiven Zivilschutzmaßnahmen in Wien möglich sind und es müßte ein Plan aufgestellt werden.

GR. Dr. Weninger (ÖVP) bezeichnet es als selbstverständlich, daß im Zusammenhang mit dem Streben, Wien zu einer Kongreßstadt zu machen, auch die Ausgaben für Empfänge steigen. Er setzt sich nachhaltig dafür ein, auch im Wiener Landtag oder Gemeinderat eine Fragestunde einzuführen, um die Demokratie zu beleben. Im Interesse einer lebensnahen Verwaltung spricht er sich weiter für eine Dezentralisation der Verwaltung aus, wie dies in ÖVP-Anträgen gefordert wurde. Die Bezirksräte sollten nicht mit einer reinen Verwaltungstätigkeit betraut werden, hingegen sollten den Bezirksvorstehungen und den Bezirksvorstehern etwas mehr Rechte eingeräumt werden. Die Magistratischen Bezirksämter und die Bezirksvorstehungen dürfen nicht "ausgehungert" werden. Auch sollte bei den Gehaltszahlungen auf den Bezirksämtern nicht gleichzeitig für den Verein der Kinderfreunde - so lobenswert seine Tätigkeit auch ist - gesammelt werden.

Ein Lieblingswunsch der ÖVP ist eine Änderung der Verfassung. Sie ist vielleicht vom Leben überholt und man sollte die Rechtsentwicklung vorantreiben. Es gilt, der Verfassung ein Kleid zu geben, das den heutigen Anforderungen entspricht. Die Mehrheitspartei habe den diesbezüglichen, 132 Punkte umfassenden, Antrag abgelehnt. Wir erwarten aber dennoch die verfassungsmäßige Behandlung. Wir denken an einen gewissen Übergang zur direkten Demokratie, an eine weitere Beteiligung der Wähler und des Volkes, und wir glauben, daß auch die jüngere Generation sehr viel Verständnis dafür aufzubringen vermag. Selbst Minister Dr. Broda, der doch Mitglied der Sozialistischen Partei ist, hat eine Weiterentwicklung des rechtsstaatlichen Prinzips durch vermehrte Akteneinsicht vorgeschlagen.

Es entspreche nicht einem demokratischen Gedanken, wenn der Bürgermeister als Chef einer Kollegialbehörde die Beschlüsse dieses Kollegiums aufheben darf und schließlich auch den Beschluß des Gemeinderates, also des höchsten Organs, sistieren kann.

Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß die Wählerlisten gewisse Mängel aufzuweisen haben. Einerseits sind viele Personen, die jahrelang am selben Ort wohnten, plötzlich nicht mehr aufgeschienen, andererseits enthielten sie Personen, die gar nicht gemeldet waren oder noch gar nicht das Wahlalter erreicht hatten. Es haben sich also trotz der Automation Irrtümer eingeschlichen, und diese Fehler müssen ausgeräumt werden. Am Wahltag habe die ÖVP mehr als 3.600 Personen namentlich festgestellt, die nicht im Wählerverzeichnis enthalten waren. Hier könne man beinahe von einem echten demokratischen Notstand sprechen, und man sollte die Frage klären, ob nicht etwa Fehler im System der Wahlkartei liegen. Dazu kommt, daß zwei Tage vor der Wahl von der Magistratsabteilung 62 eine Instruktion ausgegeben wurde, in der anordnet wurde, daß der Sprengel-Wahlleiter jeden Wahlkartenwähler zu befragen habe, auf Grund welcher Tatsache die Ausstellung der Wahlkarte erfolgt ist. Es erhebt sich die Frage, warum diese Instruktion weder der Kreis- noch der Verbandswahlbehörde zur Kenntnis gebracht wurde, wie so sie nicht an alle Wahlkreise und nicht an alle Sprengelwahlleiter ergangen ist, und von wem sie unterschrieben ist. Die Instruktion findet in der Nationalratswahlordnung keine Deckung. Es dürfte sich um einen Akt handeln, der seine Ursache in der Wiener Verfassung hat.

Der Redner erinnert daran, daß während der Budgetberatungen an einem Brief des Stadtrates Dr. Glück Kritik geübt wurde, den dieser an die Ärzte des Altersheimes richtete. Er stellt hierzu fest, daß nach der geltenden Rechtslage der Wähler in Fällen körperlicher Behinderung eine Person seines Vertrauens bitten kann, für ihn seine Stimme abzugeben. Über diesen Vorgang hat die Wahlkommission die Entscheidung. Die Voraussetzung für diese Stimmenabgabe ist, daß die wahlberechtigte Person ihren Willen äußern muß, ihr demokratisches Wahlrecht gebrauchen zu wollen,

daß sie eine Person ihres Vertrauens mit der Stimmenabgabe betraut und dieser zu erkennen gibt, welche Partei sie wählen will. Dr. Glück hat in seinem Schreiben als Amtsführender Stadtrat darauf verwiesen, daß im Altersheim Lainz 90 Prozent der Pfleglinge schwer krank sind und es Menschen gibt, die ihrer Sinne nicht mehr mächtig sind. Und nur um diese Menschen ist es in diesem Brief gegangen. (Slavik: So weit kommen wir noch, daß ein Stadtrat diktiert, ob jemand wählen darf oder nicht! Das würde Euch passen, daß ÖVPLer bestimmen, wer wählen darf und wer nicht! Erregte Zwischenrufe bei der SPÖ: Das war kein Schreiben des "Amtsführenden Stadtrates" sondern des ÖVP-Politikers! Die Ärzte wurden aufgefordert, sich in der Bezirksleitung der ÖVP-Hietzing zu melden. Verlesen Sie doch den Brief, damit es alle hören!) Der Redner verliest unter erregten Zwischenrufen der Koalitionsparteien den Brief und stellt fest, daß der Stadtrat im Interesse der Patienten den Gesundheitszustand der Wähler medizinisch beurteilen lassen wollte. Die Unhaltbarkeit des Zustandes bei den Wahlen im Altersheim Lainz bezieht sich darauf, daß in vielen Fällen eine andere Person an Stelle des Wahlberechtigten die Stimme abgibt und das manchmal bei Leuten, die schon in Agonie liegen. Verlangt wurde nun, daß die Entscheidung darüber, ob der einzelne wählen kann oder nicht, der Wahlkommission überlassen werden sollte. (Vizebürgermeister Slavik: Die Wahlkommission kann doch nicht jemanden entmündigen! - Stadtrat Bauer: Der Herr Dr. Zigmund verhindert solche Entmündigungen ohnedies! - Slavik: Ja, Parteientmündigungen!) In Lainz ist es bei einer Wahl vorgekommen, daß es die Kommission riesig eilig hatte und der Wahlleiter meinte, die Stimmzettel gleich ohne viel zu fragen, einzusammeln. (Vizebürgermeister Slavik: Das ist eine schwere Beschuldigung gegen den Wahlleiter, die Sie nur im Schutz ihrer Immunität aussprechen können!)

Der Redner stellt fest, seine Fraktion halte es für würdelos, daß eine große Partei nicht mit ihr übereinstimmt und gemeinsam vorgehen will, den Übereifer untergeordneter Funktionäre bei einem Wahlgang dort zu zähmen, wo menschliche Ehrfurcht vor dem Leid und dem menschlichen Elend vor einem Mißbrauch des Wahlgesetzes zurückschrecken sollte.

Und so ein Mißbrauch sei es zweifellos, wenn man Leute, die im Delirium liegen, zur Wahl schleppt. Eine Neufassung der Wahlordnung auf diesem Sektor wäre dringend notwendig.

Die Toleranz gegenüber den Parksündern, besonders den ausländischen, sei bekannt. Leider verstellen oft auch Reklamefahrzeuge tagelang die Kurzparkzonen, ohne daß eine polizeiliche Intervention erfolgen würde. An Hand von Bildern weist der Redner nach, daß auch städtische Autobusse vorschriftswidrig parken.

Der Redner ersucht abschließend um eheste Abschaffung der von ihm beanstandeten Dinge. Im übrigen werde seine Fraktion den Ansätzen zustimmen.

GR. Mayr (SPÖ) verweist einleitend auf eine Beschwerde der Bezirksräte, die die Entschädigung für Kommissionsgänge betrifft. Die Bezirksräte bekommen für eine Kommission 20 Schilling, und sind es zwei Kommissionen, dann bleibt es gleichfalls bei 20 Schilling. Im Liesinger Bezirk, führt er als Beispiel an, gibt es viele Bezirksräte, denen versäumte Arbeitsstunden vom Lohn abgezogen werden und die dann noch zum Verdienstentgang die Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen haben. Der Redner beantragt, man möge die Bezirksräte pro Kommission mit 20 Schilling entschädigen.

Er beschäftigt sich dann mit den Wählerlisten und mit den Vorwürfen, daß sie angeblich sehr viele Fehler aufweisen. Er macht hierfür verschiedene Faktoren verantwortlich, vor allem die Ursache, daß Personen, die Österreich verlassen, oft ihrer Abmeldepflicht bei der Polizei nicht nachkommen. Nach dem Wählerevidenzgesetz gehören sie dann in die Wählerliste und sind in dieser auch eingetragen. Er würde es daher begrüßen, wenn wir bei der Erstellung der Wählerlisten wieder zum ad hoc-Verfahren zurückkehren würden.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Statistischen Amt der Stadt Wien und bezeichnet seine Arbeit als mustergültig und hervorragend. Die statistischen Zahlen über Geburten, Wohnungen, Sterbefälle usw. seien eine wahre Fundgrube für jeden, der eine öffentliche Funktion auszuüben hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Er greift dann eine Anregung von GR. Ullmann auf, mit der er sich für die Errichtung von modernen Schulhäusern auch in den

inneren Bezirken eingesetzt hat. Einen solchen Antrag würde er begrüßen, sagt er, doch müßte es der Gemeinde Wien möglich sein, für solche Schulbauten Baugründe erwerben zu können, und zwar zu erschwinglichen Preisen. Er beschäftigt sich dann mit Fragen der Bodenbeschaffung und zitiert hiezu Feststellungen, die der Stadtplaner in seinem Städtebaulichen Grundkonzept und Stadtrat Sigmund in zwei Heften des "Aufbau" im vorigen Jahr getroffen haben. GR. Mayr verweist darauf, daß in einigen Staaten Europas bereits Maßnahmen getroffen wurden, die Gemeinden Bodenankäufe und Assanierungen weitgehend erleichtern, wie etwa in Holland und in Dänemark. Wenn GR. Dr. Broesigke gesagt hat, daß auch in Österreich gewisse gesetzliche Grundlagen für die Bodenbeschaffung vorhanden sind, müsse er ihm entgegen, daß diese Möglichkeiten unzulänglich und praktisch kaum anwendbar sind. Er verweist auf einen Fall im Liesinger Bezirk, wo es der Gemeinde Wien gelang, mehrere Grundstücke zu erwerben. Doch mit dem Besitzer eines 44 Quadratmeter großen Grundstückes konnte keine Einigung erzielt werden. Dieser Grundstückseigentümer verlangt jetzt für 44 Quadratmeter 45.000 Schilling. Abschließend zum Kapitel Bodenbeschaffung setzt sich der Redner für eine baldige Schaffung eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes ein.

Er beschäftigt sich dann mit den Ansätzen für die Feuerwehr und regt die Errichtung einer neuen Feuerwache in Liesing an. Er hofft, daß der Finanzreferent für diesen Bau, über den bereits gesprochen wurde, die Mittel bereitstellen wird. Im Hinblick auf das neugeschaffene Industriegebiet von Liesing wäre eine Feuerwache notwendig.

Der Redner beschäftigt sich auch mit den Beiträgen für die Bundespolizei, die mit 97 Millionen Schilling eingesetzt wurden. Das sind 1.4 Prozent des Gesamtbudgets. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, daß 1937 Wien 3.8 Prozent des Budgets als Polizeianteile bereitstellen mußte. Damals hatten die Wiener Steuermittel aufzuwenden, mit denen Menschen verfolgt und hinter Stacheldraht gebracht wurden. Die Nachfolger der Machthaber von damals, erklärt der Redner, erdreisten sich heute nicht, Wahlplakate mit Stacheldraht drucken zu lassen (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Ausführungen von GR. Dr. Weninger, in denen es hieß,, daß sich die Sozialisten mit Verfassungsänderungen beschäftigen, erklärt er, daß im Gemeinderatsausschuß XI klar ausgesprochen wurde, daß es dem nicht so sei. Wenn von Seiten der ÖVP von einer "allmächtigen Kraft des Bürgermeisters" oder von einer "Selbsherrlichkeit des Bürgermeisters" gesprochen wird, dann verweist er auf einen Artikel der Publikation "Wien im Aufbau" aus dem Jahre 1937. Darin wird erklärt, daß durch eine Verordnung aus dem Jahre 1934 die Vollziehungsgewalt in die Hand des Bürgermeisters gelegt wurde, der auch als der alleinige Träger der Vollziehungskraft in der Stadt deklariert wurde, und zwar ohne Mitwirkung der damaligen Stadträte.

Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe XI zustimmen wird.

GR. Wagner (ÖVP) beschäftigt sich ebenfalls mit dem Zivilschutz. Er gibt zu, daß wir alle mit diesem "Sprößling" keine besondere Freude haben. Aber da er nun einmal vorhanden ist, müssen wir uns zwangsläufig seiner annehmen.

Bei der Frage des Zivilschutzes gehen auch die Meinungen der Wissenschaftler auseinander. Ein österreichischer Wissenschaftler hat sogar erklärt, daß der Zivilschutz völlig überflüssig sei. Demgegenüber vertritt der Redner die Ansicht, daß Zivilschutz nicht sinnlos sei, sondern Verpflichtung ist, selbst dann, wenn auch vielleicht nur wenig die Chance des Überlebens gegeben werden kann. Wir haben also die Verpflichtung, auch wenn Zivilschutz Bundessache ist, für den Schutz der Wiener Bevölkerung rechtzeitig vorzusorgen.

Einige Ansätze für den Zivilschutz sind bereits vorhanden. Bei der Polizei und beim Bundesheer geht man daran, Strahlenspurtrupps auszubilden, und zwei strahlensichere Schutzräume in Kasernen wurden in Wien bereits errichtet.

Allerdings, was nützen solche Maßnahmen, wenn die Bevölkerung den atomaren Gefahren schutzlos ausgesetzt ist, wenn zum Beispiel eine lebensgefährliche atomare Verstrahlung des Wassers festgestellt wird, aber kein anderes Wasser zur Verfügung steht. Nicht einmal Feuerwehr oder Rettung könnten bei einer Luftverseuchung ausrücken, weil die Besatzungen über keine Schutzanzüge verfügen.

Es gibt also eine Menge Probleme, die der Fragenkomplex Zivilschutz umfaßt. Der Redner regt daher an, einen Unterausschuß im Rahmen des Elfer-Ausschusses zu bilden, der sich mit allen Fragen des Katastropheneinsatzes und des Zivilschutzes befassen soll. Er stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Mit Genugtuung verweist GR. Wagner darauf, daß sich Stadtrat Sigmund in diesem Jahr redlich bemüht hat, die Frage des Zivilschutzes voranzutreiben. Unklar bleibt jedoch die rechtliche Konstruktion jener in den Bezirksämtern konstituierten "Zivilschutzstellen" oder wie man sie nennen mag. Der Redner ersucht den Stadtrat in dieser Frage um Auskunft.

GR. Dr. Habl (ÖVP) beschäftigt sich mit den Maßnahmen gegen die Pfuscher. Stadtrat Sigmund hat vor einem Jahr solche Maßnahmen versprochen. Der Redner meint jedoch, daß auf diesem Gebiet kein Fortschritt zu verzeichnen ist. Er stellt dagegen eine Verordnung der Kärntner Landesregierung, durch die viel höhere Strafsätze verhängt wurden.

Dr. Habl meint, wenn in einer Art erweiterter Nachbarschaftshilfe geholfen wird, so ist dagegen nichts einzuwenden. Es geht vielmehr darum, die Auswüchse des Pfusches zu bekämpfen. Wenn aber bei unbefugter Gewerbeausübung Umsätze von zehntausenden Schilling erzielt und dann Strafen zwischen 50 und 200 Schilling verhängt werden, dann kann dies niemals abschreckend wirken. Das Risiko, ohne Gewerbeschein zu arbeiten, ist kleiner, als wenn man an verbotener Stelle parkt.

Der Redner spricht die Vermutung aus, daß vielleicht die Magistratischen Bezirksämter uneinheitlich oder nicht gleichmäßig streng vorgehen.

Man muß auch das Pfuschen von zwei Seiten sehen: vom Standpunkt des ordentlichen Gewerbetreibenden, aber auch vom Standpunkt des Arbeitnehmers. Es kann nicht gleichgültig sein, wenn die längere Freizeit statt zur Erholung zum Pfuschen verwendet wird. Die Folgen sind Nachlassen der Arbeitskraft und eine geschwächte Gesundheit. Dies war nicht der Sinn der Arbeitszeitverkürzung. Die Behörden stehen der Ausbreitung des Pfusches keineswegs ohnmächtig gegenüber. Dafür hat Kärnten ein Beispiel gegeben. Der Redner ersucht daher Stadtrat Sigmund, zu prüfen, ob nicht auch Wien hier ein gutes Beispiel geben könnte.

GR. Weisz (SPÖ) kritisierte die hohen Grundstückspreise und meinte, die Bevölkerung sollte wissen, wer diese Parasiten sind, die sich an ihr bereichern wollen. Es ist jedoch zu begrüßen, daß es der Gemeinde dennoch immer wieder gelingt, Grundstücke, besonders am Stadtrand, im Wald- und Wiesengürtel, zu kaufen. Auch von der Hohen Wand-Wiese konnte das letzte noch ausständige Grundstück gekauft werden, sodaß sie den Wintersportlern in voller Breite zur Verfügung stehen wird. (Beifall.) Damit hat die Gemeinde Wien bewiesen, daß sie den Sport fördert.

Der Redner wirft dann unter Hinweis auf die letzten tödlichen Verkehrsunfälle auf Zebrastreifen die Frage auf, ob nicht doch bessere Schutzmaßnahmen insbesondere für Fußgänger, getroffen werden könnten. Gerade im Hinblick auf die immer wieder festzustellende Alkoholisierung von Kraftfahrzeuglenkern sind die Kontrollen der Polizei bei den Stadteinfahrten zu begrüßen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß der Führerschein wegen Alkoholisierung meist nur dann eingezogen werden kann, wenn der Alkoholierte auf frischer Tat ertappt wird, während man sonst einen Prozeß abwarten muß, was unter Umständen zwei Jahre dauert.

Um den Verkehrsschwierigkeiten in der Innenstadt begegnen zu können, wird es unter Umständen notwendig sein, die Einfahrt für Kraftfahrzeuge zu sperren, und dort nur noch öffentliche Fahrzeuge verkehren zu lassen. Auf alle Fälle wäre die Festlegung eines einseitigen Parkverbotes in der Innenstadt zu prüfen.

Die Feuerwehr wird so ausgerüstet, daß sie stets einsatzfähig ist. Man sollte aber auch die Vielfalt der Leistungen der Feuerwehrmänner sehen und anerkennen, und beachten, daß sie vielfach Leistungen erbringen, die nicht unmittelbar in ihre Kompetenz fallen.

Die von einem KLS-Redner kritisierte Außerdienststellung eines Feuerwehrmannes verhält sich insofern anders, als dieser die für eine Beförderung zum Brandmeister erforderliche Prüfung nicht abgelegt hat und außerdem vom Amtsarzt als branddienstuntauglich erklärt wurde.

GR. Dr. Weninger hat ausgeführt, daß die SPÖ sich im Niederösterreichischen Landtag für die Einführung der Fragestunde ein-

gesetzt hat. Das bestreiten wir nicht. Aber er hat eines zu sagen vergessen: daß das mehr als ein Jahr zurückliegt und sich seither im Niederösterreichischen Landtag dazu nichts gerührt hat.

Überhaupt ist es interessant zu sehen, wie es im Land Niederösterreich mit der Demokratie aussieht. Bei den dortigen Personalvertretungswahlen konnte man wegen farbiger Stimmzettel schon von außen am Kuvert erkennen, wie der Betreffende wählt. Und während in Wien für die Einbringung eines Wahlvorschlages für sieben Kandidaten 14 Unterschriften notwendig waren, wobei die sieben von den Kandidaten mitgezählt werden, sind es in Niederösterreich 250 Unterschriften. Bei uns wurde noch gegen keine Wahl in die Personalvertretung beim Verfassungsgerichtshof Einspruch erhoben, wie das jetzt in Niederösterreich der Fall ist.

Der Redner nahm schließlich zu dem bereits zitierten Brief des Stadtrates Dr. Glück und zum Wahlvorgang im Altersheim Lainz Stellung und erklärte: Nach dem Wahlgesetz ist der einzige, der über die persönliche Ausübung des Wahlrechtes bestimmen kann, der ärztliche Leiter eines Spitals. Niemand ist sonst berechtigt, dem Wähler das Wahlrecht wegzunehmen, weder die Kommission, noch ein anderer Arzt. Der Brief war jedenfalls nicht sehr "glücklich" abgefaßt. Gegen den Vorwurf, daß Wiener Gemeindebedienstete bei der Wahl praktisch einen Mißbrauch gedeckt hätten, müssen wir Gemeindebedienstete energisch protestieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Man soll Unkorrektheiten dort suchen, wo sie sich zutragen. Wir hätten es begrüßt, wenn Dr. Weninger eine Loyalitätserklärung abgegeben hätte, daß der Brief eine Wahlbeeinflussung ist und als ein Fehler betrachtet wird.

GR. Bittner (ÖVP) erklärt, daß der Schwerpunkt bei der Budgetpost 1123 bei den Grundankäufen liegt. Er war sehr erfreut, über die Höhe der Ansätze. Leider stellte es sich aber heraus, daß von den veranschlagten 145 Millionen 60 Millionen bereits abzubuchen sind. Im Laufe des Jahres wird dieser Ansatz dann aber immer um ein Vielfaches überschritten. Nicht günstig wirkt es sich aus, daß die Tagesordnung des Ausschusses XI oft durch einen oder mehrere Nachträge ergänzt wird, und die Ausschußmitglieder nicht ausreichend Zeit haben, diese Nachträge zu studieren.

Die bedeutenden Grundankäufe seien erfreulich, denn die Stadt braucht Boden, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Mehr Grundstücke müßten für Sportflächen angekauft werden. Man sollte auch versuchen, mehr große Flächen zu erwerben und nicht kleine Baulücken, deren Erschließung und Verbauung viel teurer kommt. Durch den Ankauf großer Grundstücke und ihre zweckmäßige Verbauung könnte man vielen Gebieten unserer Stadt ein entsprechendes Gesicht geben. Während der Budgetberatungen wurde bereits angeregt, mehr Gründe im Baurecht zu vergeben. Der Redner unterstreicht diese Forderung, da es auch im Interesse unserer Wohnungswirtschaft wäre, allen Bauwilligen unserer Stadt die Möglichkeit zur Schaffung eines eigenen Heimes zu geben.

Viele Grundankäufe dienen auch der Errichtung von Schulbauten. Die Stadtverwaltung könnte bei der Auswahl von Grundstücken für Bundesschulen sicherlich mithelfen, den geeigneten Platz hierfür zu finden. Kirchenbauplätze müßten in den neu zu besiedelnden Gebieten unserer Stadt ebenfalls in günstiger Lage bereitgestellt werden. Der Redner ersucht in diesem Zusammenhang, bei Grundtransaktionen im 20. Bezirk auf den Wunsch der Erzdiözese nach einem geeigneten Grundstück nicht zu vergessen.

Aufgabe der Stadtverwaltung sei es auch, jenen jungen Menschen, die heute noch eine Gärtnerei betreiben wollen, in den Randgebieten die notwendigen Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Der Ankauf von Althäusern, von denen zwar ein beachtlicher Teil in Assanierungsgebieten liegt, hat den Nachteil, daß die dadurch obdachlos werdenden Mieter in Gemeindehäusern untergebracht werden müssen, also die Zahl der zu vergebenden Wohnungen dadurch beeinträchtigt wird.

Bei Grundankäufen sollte man dort etwas zurückhaltend sein, wo zu hohe Preise verlangt werden. Keinesfalls dürften aber Gefälligkeitsankäufe durchgeführt werden. Sicherlich gebe es krasse Bodenspekulationen, wir dürfen aber keinesfalls sagen, daß es nur Spekulationsgrundtransaktionen gibt.

Die Schaffung eines Grundverkehrsgesetzes wäre notwendig, doch dürfte dieses nicht dazu verwendet werden, sämtliche Grundtransaktionen, egal ob von Inländern oder Ausländern, zu kontrollieren. Dieses Gesetz sei für uns so lange notwendig, als wir kein vereintes Europa haben und nicht in ganz Europa die gleichen Bedingungen herrschen. (Beifall bei der ÖVP.)

Beim "Amtsblatt der Stadt Wien" kritisiert der Redner, daß zwar der Bürgermeister und Vizebürgermeister Mandl im Amtsblatt oft in Wort und Bild zu finden sind, einzelne Stadträte aber nur selten aufscheinen. Sehr stiefmütterlich behandelt werden die Stadträte Koci, Glaserer, Glück und Bauer. (Zwischenruf bei der SPÖ: Na also, der Proporz ist ja gewahrt!)

Abschließend stellt GR. Bittner fest, daß die Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß XI eine gute ist und daß alle Mitglieder ausreichend Informationen erhalten.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) streift noch einmal die Frage der Bodenbeschaffung und stellt fest, daß die ÖVP einerseits gegen die Bodenspekulation ist, andererseits aber sofort innehält, wenn es zu einer konkreten Lösung kommen soll. Die Aufgaben des Wohlfahrtsstaates, sagt er, wachsen von Jahr zu Jahr. Die Leistungen der Gemeinde nehmen im Interesse und zum Wohl der Bevölkerung derart an Umfang zu, daß ein Eingriff in die Privatsphäre notwendig geworden ist. Was wir mit der Bodenbeschaffung befolgen, ist, sie in Einklang mit einer großzügigen Stadtplanung zu bringen. Es geht um das große Konzept einer modernen Gemeinde. Und darum sind wir für ein Bodenbeschaffungsgesetz.

Zu den Bemerkungen des GR. Dr. Weninger über die Kartenwähler, erklärt der Redner, daß es nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein konnte, den Willen des Wählers eines Bezirkes durch Wahlkarten verfälschen zu wollen. In diesem Zusammenhang kommt er auch auf den Brief zu sprechen, den Stadtrat Dr. Glück an die Ärzte in den Wahlkommissionen gerichtet hat. Er glaube, daß man diesen Brief nicht näher charakterisieren brauche. Wenn dieser Brief als ein unglückliches Schreiben im Gemeinderat bezeichnet wurde, dann war es eine sehr höfliche Charakteristik. Dr. Bohmann stellt fest, daß die Wahlkommissionen lediglich befugt sind, festzustellen, ob die Bresthaftigkeit eines Wählers so fortgeschritten ist, daß er per-

sönlich nicht die Wahl treffen kann, und ob eine Begleitperson notwendig ist. Mehr billigt das Gesetz den Wahlkommissionen nicht zu. Den Brief bezeichnet er als den Versuch einer Rechtsbeugung und eine öffentliche Beeinflussung, gegen die energisch Protest erhoben werden muß. (Beifall bei der SPÖ.) Zu den Anschuldigungen der Beamten, die GR. Dr. Weninger vorgebracht hat, erklärt er, daß sie bewiesen werden müßten. Er beantragt, man möge die angeführten Fälle überprüfen und Dr. Weninger dann Gelegenheit zur Beweisführung geben.

GR. Dr. Bohmann beschäftigt sich dann mit der Verfassung der Stadt Wien und erklärt, daß die Sozialisten die Verfassung als das Oberste und Heiligste einer Stadt ansehen. Man könne sie nicht wechseln wie ein Hemd. Die Sozialisten wissen aus eigener Erfahrung, wie gefährlich Experimente mit der Verfassung sein können. In der heutigen Debatte sind auch häßliche Wort, wie "Selbstherrlichkeit des Bürgermeisters" gefallen. Es wurde auch von "Ungeheuerlichkeiten" gesprochen. Hiezu erklärt er im Namen seiner Fraktion mit allem Nachdruck, daß unser Bürgermeister seine Funktion niemals mißbraucht hat. (Beifall bei der SPÖ.) Er beschäftigt sich dann eingehend mit einigen Paragraphen der Verfassung der Stadt Wien und verweist besonders darauf, daß sie dem Gemeinderat einen Beharrungsbeschluß einräumt, ein Recht, das andere Städte überhaupt nicht kennen.

Abschließend nimmt er auch Stellung zur Forderung nach Dezentralisierung unserer Verwaltung. Er bezeichnet diese Forderung als wenig durchdacht. Dr. Bohmann gab die Zusicherung, daß die Sozialisten jederzeit bereit sind, für eine demokratische Interpretation der Verfassung einzutreten.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) greift am Beginn seines Schlußwortes den Antrag von GR. Hausner auf, in dem er eine Demokratisierung der Bezirksvertretungen verlangt. Der Stadtrat meint, die Demokratisierung der Bezirksvertretungen hieße zugleich, die Verwaltung dezentralisieren. Aus seiner 17jährigen Tätigkeit im Wiener Gemeinderat wisse er, daß die Dezentralisierung ihre Grenzen dort hat, wo die Wirtschaftlichkeit aufhört. Eine Dezentralisierung würde die Errichtung von 23 Verwaltungen erfordern. Ebenso nicht einverstanden ist er mit dem, was GR. Hausner über den Zivilschutz gesagt hat, nämlich, daß er überflüssig wäre.

Der Stadtrat meint, es könne Gefahren geben, die einfach unabwendbar sind. Es gebe hunderte Möglichkeiten, die uns zur Vorsorge im Zivilschutz veranlassen sollten. Wir stellen uns die Entwicklung im Zivilschutz so vor, daß er auf dem Prinzip der Freiwilligkeit zu errichten wäre. Wir glauben auch, daß wir alles tun müssen, den Zivilschutz so einzurichten, ohne dabei unsere Einstellung zu Krieg und Frieden ändern zu müssen.

Zur Frage der Bodenbeschaffung erklärt er, daß die Gemeinde Wien nicht jedes ihr angebotene Grundstück kauft, und auch nicht jeden Preis bezahlt. Wir können uns nicht darauf beschränken, Boden nur an der Peripherie zu kaufen. Wenn heute auch wieder über die Stadttheatergründe gesprochen wurde, meinte der Referent dazu, die Stadt Wien könne es sich nicht leisten, sich erst dann nach geeigneten freien Plätzen umzuschauen, wenn zum Beispiel eine internationale Organisation herkommen will.

Die Verfassung: wir haben uns wiederholt im Ausschuß damit beschäftigt. Ich kann nur sagen, vorläufig scheint mir die Erfahrung der letzten 17 Jahre und die Entwicklung der Stadt Wien durchaus nicht zwingend eine Änderung der Verfassung zu fordern. Der Bürgermeister hat auch nie den Gemeinderat in seiner Beschlußfähigkeit irgendwie gehindert.

Zu den Ausführungen von Dr. Weninger sagte Stadtrat Sigmund, er bedaure es nur, daß der ÖVP-Gemeinderat nicht seinem Ausschuß angehöre. Kommen sie doch zu uns, lud er ihn ein, wir würden einige dankbare Diskussionen haben.

Zur Befragung der Wahlkartenwähler bemerkte der Stadtrat, wenn wir als Behörde erfahren, daß man versucht, Wahlkartenwähler systematisch in den Wahlkreis 4 einzuschleusen, so war es keineswegs eine Verletzung des Gesetzes, wenn die Wahlleiter beauftragt wurden, zu fragen, aus welchem Grund der Wahlkartenwähler seine Wahlkarte bekommen hat.

Verkehrsunfälle durch Alkohol: er dürfe mitteilen, daß er jede Intervention in Verkehrsunfallsachen ablehne, wenn irgendwo Alkohol dabei mitspielt.

Die Kurzparkzonen im 1. Bezirk werden wohl demnächst erweitert werden.

Feuerwehr und Rettung zusammenzulegen ist ein Problem, über das in Parteienverhandlungen gesprochen werden müßte.

Fehler in den Wählerlisten: es gibt eine Reihe von Fehlerquellen, die wir jetzt alle untersuchen. Die Fehler liegen aber nicht an der Elektronenanlage.

Mit einem Dank an alle seine Mitarbeiter beendete Stadtrat Sigmund sein Schlußwort (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 11. Hauptstückes einstimmig angenommen.

Der Antrag der ÖVP wird einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Wiener Budget angenommen

Der Vorsitzende GR. Marek bringt hierauf "Bilanz und Bedeckung" zur Abstimmung. Die entsprechenden Anträge wurden von Vizebürgermeister Slavik bereits in seinem Generalreferat gestellt.

Bei der Abstimmung werden die Anträge mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP genehmigt. Damit ist das Budget der Bundeshauptstadt Wien für 1963 angenommen.

Die bisher elf Tage dauernden Beratungen werden morgen, Freitag, den 21. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für 1963 fortgesetzt. Referent: Stadtrat Schwaiger (ÖVP).

Im Anschluß an die Erledigung der Wirtschaftspläne wird der Wiener Gemeinderat noch eine restliche Tagesordnung erledigen, bevor er nach einer Schlußansprache von Bürgermeister Jonas in die Weihnachtsferien gehen wird.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß Bürgermeister Jonas morgen, Freitag, den 21. Dezember, die von der Gemeinde Wien in einer Länge von 600 Meter umgebaute Jägerstraße dem Verkehr übergeben wird. Treffpunkt 10.30 Uhr auf der neuen Haltestelleninsel auf dem Wallensteinplatz.

Zugleich berichteten wir, daß ebenfalls morgen der Innere Währinger Gürtel zwischen Sporckenbühelgasse und Nußdorfer Straße und die Döblinger Hauptstraße von der Billrothstraße bis Hardtgasse - die beiden Verkehrsflächen wurden ebenfalls umgebaut - für den Verkehr freigegeben wird.

Sobald erfahren wir, daß auch die Straßenbauarbeiten auf der Triester Straße bei der Spinnerin am Kreuz trotz sehr ungünstigem Wetter noch morgen abend beendet sein werden. Die Triester Straße wird also ab Freitag abend für den Verkehr in beiden Fahrtrichtungen wieder offen sein. Es ist vor allem dem aufopferungsvollen Einsatz der auf dieser Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte zu danken, daß trotz einem Monat Winterwetter diese wichtige Ausfallstraße noch vor den Weihnachtsfeiertagen für den Verkehr wieder zur Verfügung steht.

- - -

Ein General im Kindergarten

=====

20. Dezember (RK) Unser Bundesherr führte heute vormittag im Westen von Wien eine militärische Operation ungewöhnlicher Art durch. Von der Baumgartner Bevölkerung fast un bemerkt, besetzte eine kleine Gruppe unseres Bundesheeres unter dem Kommando eines Generals den städtischen Kindergarten des Hugo Breitner-Hofes, um sich eine Stunde später wieder planmäßig abzusetzen. Bei diesem Blitzeinsatz hatte ein Bundesheerangehöriger als Weihnachtsmann maskiert einen wichtigen Auftrag zu erfüllen; den Kindergartenkindern eine Menge von Spielzeug, die unsere Soldaten in ihrer Freizeit gebastelt haben, unter den Christbaum zu legen. Das Bläserquartett des Gardebataillons spielte dazu Weihnachtsweisen.

General Waldmüller und den ihn begleitenden Offizieren blieb es vorbehalten, zum Abschluß der Aktion den Kindern und den Kindergärtnerinnen frohe Weihnachten zu wünschen. Stadtrat Maria Jacobi, die aus der Hand des "Onkels General" die vielen schönen Schiffe, Schubkarren, Roller, Gartengeräte und ein komplettes Kasperltheater in Empfang nahm, dankte im Namen der Kinder. Sie versicherte den Soldaten, daß sie mit diesem Weihnachtsgeschenk, unter denen sich kein einziges Kriegsspielzeug befand, den Kindern in den städtischen Kindergärten große Freude bereitet haben.

- - -

20.000. Besucher in der Ferdinand Hodler-Ausstellung

=====

20. Dezember (RK) Heute um 11.30 Uhr empfing Vizebürgermeister Mandl in der Wiener Secession den 20.000. Besucher der Ferdinand Hodler-Ausstellung, die vom Kulturamt der Stadt Wien veranstaltet wird und noch bis 6. Jänner geöffnet ist. Es ist die 17jährige Wienerin, Fräulein Renate Eyersinner, die das Sprachinstitut Kaudetzky besucht und mit ihrer Lehrerin und ihren Mitschülerinnen in die Ausstellung gekommen war. Die junge Dame erhielt als Erinnerungsgeschenk das Jubiläumswerk über Ferdinand Hodler.

- - -

Hortkinder unter dem Rathaus-Weihnachtsbaum
=====

20. Dezember (RK) Heute nachmittag überbrachten 200 Hortkinder der Wiener Kinderfreunde auf dem Rathausplatz den Stadtvätern ihre Weihnachts- und Neujahrsgrüße. Vizebürgermeister Slavik hielt im Beisein von Vizebürgermeister Mandl, der Stadträte Bauer und Heller, des Magistratsdirektors Dr. Ertl und des Stadtschulratspräsidenten NR. Dr. Neugebauer eine herzliche Ansprache, in der er im Namen der Stadtväter die Grüße erwiderte. Die Hortkinder verteilten dann mehrere hundert Weihnachtskerzen für die Amtsräume des Rathauses und sangen zum Abschluß Weihnachtslieder.

- - -

1430 Schneearbeiter und 182 Geräte
=====

20. Dezember (RK) Der gestern abend einsetzende Schneefall dauerte bis etwa 3 Uhr früh. Während der ganzen Nacht ist gestreut und mit 54 Fahrzeugen Schnee geräumt worden. Seit heute früh sind 1430 Schneearbeiter beschäftigt, davon 616 aufgenommene. Dabei fällt auf, daß sich mehr freiwillige Schneearbeiter meldeten, als bisher, was sicherlich auf die Erhöhung der Schneearbeiter-Stundenlöhne von acht auf zwölf Schilling zurückzuführen ist. An technischem Material sind seit heute früh 125 Geräte des städtischen Fuhrparks und 57 Privatfahrzeuge eingesetzt.

- - -